

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: C. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt

Abonnementpreise: Einjährig 18 000.— M., durch die Post bezogen monatlich 1 500.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 300.— M., Einzelnummer 1000.— M., Sonntagsnummer 1600.— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schiffverlag: Wettinerplatz 10. Tel. 25291.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25291.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die vierpaltige Nonpareillezeile 2500.— M., auswärts 3000.— M., die sechspaltige Nonpareillezeile 12 000.— M., auswärts 14 000.— M., Ausland 10 000 u. 20 000 M. Bei mehrmalig. Auftrags-Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverträge 1000 M.

Nr. 174

Dresden, Sonnabend den 28. Juli 1923

34. Jahrg.

## Der zweideutige Sonntag

### Radels Bündnisangebot an die Faschisten

Wenn man nach dem Geschrei der letzten Tage urteilen dürfte, müßte der morgige Sonntag in verschiedenen Teilen Deutschlands blutig verlaufen. Die R. V. D. tummelt seit Wochen um morgen mit großen Kundgebungen gegen den Faschismus aufzuwarten und die Völkischen drohen mit Gegenkundgebungen. Dazwischen steht die Staatsgewalt, die im Bayern einseitig wie immer! — nur die kommunistischen, in Preußen jede Kundgebung unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten hat. Jeder Tropfen Blut, der morgen fließen würde für eine „Affäre“ gepöbelt, die politisch sinnlos ist! Der Antifaschistentag und seine Vorgeschichte gehören zu den hysterischen Kapiteln der R. V. D.

Zunächst die Vorgeschichte! Bis in den Mai dieses Jahres hinein hatte die R. V. D. für alle politischen Kräfte des Reiches ein „Allheilmittel“: „Her mit der proletarischen Einheitsfront! Her mit der Arbeiterregierung!“ Mit dieser Parole hoffte man, einen Keil in die Sozialdemokratie zu treiben. Es hat sich nicht gelohnt die S. P. D.-Anhänger hatten über die Einheitsfront eine andre Meinung als die Moskauer. Vielleicht deshalb oder weil es Moskous ankenpolitische Interessen so verlangten, hat die deutsche R. V. D. plötzlich mit einer neuen Parole — der „Einheitsfront“ — abgeprobt: „Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!“ Proletarier, Kleinbürger und Faschisten, verbündet euch gegen das Großkapital und die Entente!

Der neue Schläger datiert ungefähr aus der Zeit der letzten Festsitzung der Moskauer Internationalen, ist also erst einige Wochen alt. Radel begann damit, ihn ausführlicher zu definieren. Zunächst mit jener Rede, in der er Schläger als nationalen Gelben feierte, dann in Artikeln, die sich an jene nationalfaschistische Kreise wandten, von denen Radel annahm, daß sie nur gegen die Entente, aber nicht für das Großkapital kämpfen wollten. Diesen faschistischen Kreisen, von denen niemand weiß, wer sie sind, hat Radel im Namen der R. V. D. ein Bündnis an, denn es sollte für Proletariat, Kleinbürger und Bauern Deutschland aus den Händen des Kapitals und der Entente zu retten. Und welches Bündnisprogramm schlug der Moskauer Endbote vor? Aukenpolitisch: Kampf gegen die Entente, nicht Verständigung! Innenpolitisch: Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion durch das Volk!

### Faschistisch-kommunistische Verbrüderungskombien

Als die Sozialdemokratie nach dem Novemberzusammenbruch die kommunistische Forderung nach Volksozialisierung als zunächst unbedenklich ablehnte, wurden wir als „Vertrauer“ beschimpft. Der nach dem November einsetzende Bürgerkrieg hatte in diesem Gegensatz eine seiner stärksten Ursachen. Heute liegt das unfruchtbare Sozialisierungsexperiment hinter uns. Es ist geschwunden. Was übrig blieb, ist eine Mischung von Staatskapitalismus und Monopolwirtschaft. Darum steht die Verbrüderung der R. V. D., der deutschen R. V. D., die uns schmähete, als wir uns für die Volksozialität einsetzten. Gätten sie uns je ein so realitätsfähiges Programm angeboten, wie jetzt dem faschistischen Gegner — die proletarische Einheitsfront konnte längst Wirklichkeit sein. Und die Antwort auf Radels Bündnisangebot?

Einige rechtssozialistische Organe äußerten sich entgegenkommend und hoben den gemeinsamen Kampf gegen die Entente in den Vordergrund. Zunächst ist ja der Reichsozialismus auch einiger verhältnismäßig antikapitalistischer Kernbestandteile mächtig, die zu aus dem unerschöpflichen Vorrat des antikommunistischen Propagandas bezogen.

Man hätte annehmen müssen, daß der Vorschlag Radels auf das Ohr der Faschisten der gesamten kommunistischen Partei Deutschlands stößen würde. Denn ihre Plätter und ihre Redner: e kamen tagtäglich, die Sozialdemokratie durch ihre Politik die Schützerin und Stützerin der faschistischen Bewegung; und müßte deshalb von der kommunistischen Partei aufs bestmögliche bekämpft werden. Statt dessen erleben wir bei dieser Verbrüderung der „Einheitsfront“ die Anhänger in die Tat umzusetzen. So hat in Jena eine „nationalistische Versammlung von Kommunisten und Faschisten“ stattgefunden, in der der Faschist Dr. Düster über das Thema „Was fordert die Zeit?“ gesprochen und dabei erklärt hat, tiefergehende Gegensätze zwischen Kommunisten und Faschisten seien zweifellos vorhanden; ebenso zweifellos könnten sie zu gemeinsamem Handeln gegen gemeinsame Gegner überbrückt werden. Die kommunistischen Redner, die zu Worte kamen, schlugen in die dargebotene Hand ein. Besonders die beiden Führer Thomas und Dr. Korsch schlugen nationale Löhne an, für die ihnen Düster in seinem Schlußwort besonders dankte. Man sieht also, die kommunistisch-faschistische Verbrüderung, die im vorigen Jahre in München schon einmal vor sich gegangen war und von der auch aus einigen Orten der Tschecho-Slowakei berichtet wurde, tritt jetzt in größerem Umfange auf. Die Versammlung in Jena ist bereits der deutliche Ausdruck, daß man sich

auch für kommende Kämpfe gemeinschaftlich zu verbinden gewillt ist. Eine ähnliche Versammlung ist dieser Tage in Göttingen abgehalten worden, in der es ebenfalls zu kommunistisch-faschistischer Verbrüderung gekommen sein soll.

### Der Zweck des Antifaschistentages

Jedoch, warum dann der Antifaschistentag? Statt jeder Erklärung einige Feststellungen. Es sind doch zunächst nur vereinzelte kleinere völkische Gruppen, die geneigt waren, in Radels Völkische Rechte einzuschlagen (wobei beide Parteien hoffen, einander im geeigneten Augenblick zu überbieten!). Die völkischen Zentralleitungen verhalten sich abwartend, denn ihr Kampf für die Rückkehr zu allen Schönheiten des wilhelminischen Deutschlands ist doch mit großkapitalistischen Geldern finanziert. Die faschistischen Oberbunzen nehmen im übrigen die kommunistische Bewegung nicht so ernst, wie sie in der Öffentlichkeit gern tun, um die eigene Existenzberechtigung nachzuweisen. Für eine kommunistische Zentralleitung, die sich ohnehin nie durch ruhige Klarheit und Steifigkeit ausgezeichnet hat, lag nichts näher als des Bedürfnisses, die Macht der R. V. D. zu beweisen. Antifaschistentag — welche schöne Barocke in dieser aufgeregten Zeit. Unser Hamburger Varietebrett, das Echo, ist in der Lage, einen weiteren und sehr schicklichen Beitrag für die politische Schieberlei der deutschen Moskauer beizubringen. Es drückt aus einem Mund schreiben der kommunistischen Zentrale an die Bezirksleitungen Stellen ab, die offensichtlich zeigen, daß die kommunistische Zentrale zu einem Lebererkenntnis mit der faschistischen Bewegung kommen will; es heißt darin:

„Ihr habt wohl alle die stehende Rede des Genossen Radel über Schläger gelesen. Man hat sich wohl nicht dabei nicht ganz wohl gefühlt und man hat sich nicht über den Ton geäußert, mit dem Radel zu den deutschen Faschisten spricht. Wer schon jetzt läßt sich feststellen, daß der Eindruck seiner Rede in den Reihen der Nationalisten ein gewaltiger war. In dem kommenden Bürgerkrieg, der jetzt eine Notwendigkeit ist, und von unsern Gegnern mit aller Feindschaft vorbereitet wird, müssen wir Opfer bringen. Das hängt natürlich davon ab, in wie weit es uns gelingen wird, schon jetzt einen Teil der feindsüchtigen Kreise für uns zu gewinnen. Das ist nicht unmöglich, dafür haben wir unzählige Beweise aus Deutschland, das beweist auch der Eindruck der Rede des Genossen Radel und es ist auch tatsächlich so, daß, wenn wir es gut

verstehen, diese ehehlichen nationalen Kreise richtig anzubaden, es uns nicht schwer sein wird, ihnen zu beweisen, daß die einzige Rettung für sie und das von ihnen so heiß geliebte Deutschland nur in dem mit uns gemeinsamen Kampfe besteht. Bereits in unzähligen Fällen hat eine solche Situation unter den nationalen Kreisen gute Erfolge gezeigt.“

Zum Schluß wird dann den Genossen gesagt, sie sollen nicht so sehr begriffslustig sein, es sei die dringende Pflicht der Bezirksleitungen und Funktionäre, in dieser Hinsicht Aufklärung zu schaffen. Der Antifaschistentag ist also ein großer Schwindel. Er soll die R. V. D. dem Bündnis mit den „ehelichen nationalen Kreisen“ näherbringen, nichts weiter. Kommt es dabei zu blutigen Zusammenstößen, entzündet sich daran der Bürgerkrieg, so glaubt die R. V. D. auch damit ihren Zielen näher zu kommen. Das politische Denken der Extreme rechts und links kommt nun einmal von Handgranate und Maschinengewehr nicht los!

### Der völkisch-deutschnationale Gegenrummel

Zunächst einmal hat das Geschrei vom Antifaschistentag in den beiden Lagern der Nationalsozialisten nicht bindnisfördernd gewirkt. Mindestens scheint es, daß zunächst beide Extreme einander ihr Angebot zeigen wollen. Die Völkischen rufen zu Gegenständen. Auch die Deutschnationale Volkspartei hat sich zu dem lebenden Chorus gefügt. Unter einem Aufbruch, der den Antifaschistentag als Aufmarsch zur zweiten Revolution bezeichnet und zu bürgerlichen Gegenemonstrationen auffordert, unter einem Aufruf, der die Namen der verbotenen Deutschnationalen Freiheitspartei und der faschistischen Vereinten Vaterländischen Verbände trägt, findet man auch die Unterschrift der Deutschnationalen Volkspartei. Deutschnationale und Deutschnationale Arm in Arm wie vor dem Mathenaumord! Doch es diesen Herrschaften weniger auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, als darauf ankommt, ihre Parteifläche auf dem kommunistischen Feuer zu locken, berät das Deutsche Tageblatt, das den Aufruf hinter der Mitteilung vom dem Verbot der Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel abdruckt und die häßlichen Worte hinzusetzt: „Trotz dem Verbot Sebet in euren Augen auf und seid von heute an bis auf weiteres bereit!“ Das geht aus einem Artikel des deutschnationalen Reichs-

## Not und Macht

Die wahrnehmbare Teuerung ist ein Zeichen der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie, unter der die Wälder leiden, die aber bei dem bedrückten deutschen Volke noch besonders verschärft ist durch eine großkapitalistisch orientierte, im übrigen unsfähige Reichsregierung. Die großkapitalistischen Interessenten spielen mit Regierung und Volk. Nicht nur die Finanzwirtschaft hat man ruiniert, sondern auch die Lebensmittelversorgung gefährdet, so daß heute neben unerschwinglichen Buchpreisen für alle Lebensnotwendigkeiten auch die Lebensmittelknappheit einhergeht. Der Zusammenbruch der Währung hat die Erzeuger und Verarbeiter von Waren und Produkten allesamt zu Spekulant gemacht, die ihre Güter zurückhalten, die auf noch höheren Profit lauern und denen die Not des Volkes ganz gleich ist. Die Reichsregierung der „Wirtschaftler“, wie man das Kuno-Kabinett so schön nannte, läßt alles geschehen, kümmert sich um nichts, macht nicht den leichsten Versuch zur Abhilfe. Sie drückt nur Papierwische, die das Volk nicht satt machen, die allesamt wieder in die Hände der Besitzenden fließen. Diese Aufblähung der schwindelhaften Papiergeldwirtschaft geht aber nur bis zu gewisser Grenze. Dann plagt der Wallon. Jetzt ist es so weit, daß auch die Besitzenden zu der Papierflut kein Vertrauen mehr haben — und nun halten sie ihre Güter und Waren zurück. So treiben wir der Katastrophe entgegen.

Oder will man die Katastrophe? Hoffst man, daß sich das Sprichwort erfüllen: Not kennt kein Gebot? Wünscht man Hungertoten? Sollen sie den äußeren Vorwand geben für Errichtung der „starken Ordnungsgewalt“, so man Diktatur nennt? Auch das Zentrumsorgan Germania spricht schon von der „starken Sehnsucht nach einem Diktator“. Wenn das Chaos da ist, so ist natürlich die Stimmung hochgereizt: lieber ein Ende mit Schreien, als ein Schreden ohne Ende. Dann soll der deutsche Sozialist aufstehen und dem Volk wieder die ersehnte Sicherheit für ewigen Fortbestand verschaffen. Das Spiel ist plump genug, aber ebenso gefährlich. Wenn auch nicht alle Kreise es bewusst spielen, so läuft doch das ganze Treiben auf eine solche Tragik für das Volk hinaus. Die Finanzwirtschaft bricht zusammen, die Staatsgewalt wird ein Spiel der großkapitalistischen Interessen. Es erhebt sich wieder die starke Gewalt des Volkes, so daß die Republik und die Demokratie Schritt für Schritt mit der großkapitalistischen Diktatur erfüllt werden kann. Das schaffende Volk sieht diese drohende Entwicklung klar vor sich, es ist in sie hineingeraten und muß nun Widerstand und Lebensmittel über sich ergehen lassen, ohne daß auf dem Wege regelrecht Demokratie Wen-

derungen zu erzielen wären. So scheint es. Aber noch ist es nicht zu spät. Die Arbeiterbewegung hat auch noch Aufgaben, die es ins Spiel bringen kann. Zunächst muß die ganze Kraft des Proletariats auf die parlamentarischen Faktoren wirken und hinter seine Vertretung gestellt werden. Des Notwendigste zur Begrenzung des Wunders, der Ausbeutung und zur Erlangung angemessener Lebensmittelsversorgung muß sofort erzwungen werden. Das ist möglich.

Die Not muß die Macht des Proletariats wecken. Der lebendige Kampfgeist müde die Organisationen durchdringen, so daß das Tragen der Massen erkennbar wird. Die Not ist immer die treibende Kraft bei allem gesellschaftlichen Geschehen gewesen. Jetzt haben wir den Rahmen der Demokratie, in dem das organisierte schaffende Volk wirken kann. Aber auch wirken muß!

Alle Kräfte sind ins Spiel zu bringen, jede Möglichkeit der Einflussnahme ist auszunutzen. Die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln, die Bannung der Not, die Sicherung des Leibes und Lebens der Massen ist jetzt die zentralste Aufgabe.

### Cuno bittet die Agrarier

Die Reichsregierung hat bisher nichts zur Behebung der Lebensmittelnot getan — und tut auch heute noch nichts. Nur zu einem Telegramm hat sich Herr Cuno aufgeschwungen, das die Großagrarier um Lieferung bittet. Die Reichsregierung verkündet diesen Schritt wie folgt:

Berlin, 27. Juli. Reichszanzer Dr. Cuno hat an die Führer der Landwirtschaft folgendes Telegramm gerichtet: Die Städte sind infolge der Verknappung der Ernte von Kartoffeln entölt. Auch sonst wachsen die Ernährungschwierigkeiten der großen Verbraucher. Ich richte daher an die deutsche Landwirtschaft den bringenden Aufruf, alle Kräfte anzupflanzen, um die Erträge, insbesondere der Frühkartoffelernte, möglichst umgehend dem Verbrauch zuzuführen und die Lage in den Städten zu erleichtern. — Der Reichszanzer und der Reichsernährungsminister werden in den nächsten Tagen auch mündlich mit der Landwirtschaft wegen Behebung der Ernährungschwierigkeiten erneut ins Benehmen treten.

An Maßnahmen scheint man nicht zu denken. Auf Bitten und Aufträge haben die Besitzer der Produktions- und Lebensmittels bisher kaum geachtet. Sie tun nur, was ihren Interessen entspricht. Die Regierung Cuno ist nicht der Faktor, der zuzuhelfen könnte. Die Interessenten wissen aus Erfahrung, daß er nur scheitern kann. Das Volk aber muß nun zur Tat überreden!